Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.**

Nr. 212. | Dresden, Donnerstag den 12. September 1912. | 23. Jahrg.

Bethmann im Junkerjoch.

Der Reichskanzler ist von seinem Urlaub nach Berlin zurückgekehrt und er hat alsbald, wie gemeldet wird, eine Besprechung mit dem Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Delbrück, und dem preußischen Landwirtschaftsminister v. Schorlemer-Lieser über die Fleischteuerung abgehalten. Ueber das Ergebnis dieser Besprechung ist Sicheres zur Stunde noch nicht bekannt. Wohl aber weiß der halboffiziöse Berliner Lokalanzeiger über eine vorhergegangene Beratung im Reichsamt des Innern Folgendes zu melden:

„Im Reichsamt des Innern fand eine mehrstündige Konferenz statt, in der die Frage einer Milderung der Fleischbeschauvorschriften zur Erörterung stand. Wahrscheinlich handelte es sich um bestimmte Entschließungen zu fassen, die dem heute früh vom Urlaub zurückgekehrten Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg unterbreitet werden sollen. Wie verlautet, ist man zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Aufhebung des bekannten § 12 des Fleischbeschau-Gesetzes unnötig geworden ist. Die Industrie habe es dahin gebracht, daß sie ohne Entfernung der im genannten Paragraphen aufgeführten Teile Fleisch in gefrorenem Zustande aus Argentinien und Australien nach Deutschland zu importieren vermöge, und die Reichsbehörden sollen sich auch bereits davon vergewissert haben daß die Industrie in der Tat in einer für die Gesundheit des Fleisches gefahrlosen Weise diese Einfuhr zu bewerkstelligen vermöge."

Man kann nach dieser Meldung nicht mehr zweifeln, daß auch der Reichskanzler selbst die Aufhebung des § 12, Ziffer 1 des Fleischbeschaugesetzes ablehnen wird. Es hieß in den letzten Tagen, es bestehe bei der Reichsregierung Neigung, die schikanöse Bestimmung, die die Einfuhr ausländischen Fleisches fast vollständig unmöglich macht, zu beseitigen. Wenigstens war das die Meinung des Reichsamts des Innern, dessen Chef, Herr Delbrück, sich aus seiner Oberbürgermeisterzeit in Danzig wohl noch einen Rest von Verständnis für die Fleischteuerungsnot der städtischen Bevölkerung erhalten haben soll. Nun aber hat wieder das preußische Landwirtschaftsministerium, diese Hauptstütze des Junkertums, den Sieg davongetragen.

Der Bund der Landwirte kann jubilieren, die Regierung ist seinen Befehlen treu, mag auch der Notstand im Volke noch so schlimm werden. Die Deutsche Tageszeitung brachte am Mittwoch abend einen angstvoll heftigen Artikel gegen die Neigung in den Regierungsämtern, den § 12 des Fleischbeschaugesetzes zu mildern. Dieser Artikel des Bündlerblattes zeigt aber zugleich, was es auf sich hat mit der Erklärung, die die Regierung ihrer ablehnenden Haltung zu geben versucht.

Der § 12 Ziffer 1 des Fleischbeschaugesetzes lautet: „Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern, die bei Rindvieh, ausschließlich der Kälber, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden. — Mit den Tierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Euter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein." Bisher hat jede Erfahrung gezeigt, daß die Einfuhr infolge dieser Bestimmungen so gut wie unmöglich war. Alle Versuche, argentinisches und australisches Fleisch in größeren Mengen herbeizuschaffen, sind daran gescheitert. Die zornigen Artikel des Bündlerblattes beruhen einzig und gar auf der Furcht, daß erst die Aufhebung des § 12 größere, preiswertere Fleischmengen über die Grenze bringen werde. Die Bündler wissen, daß die Beibehaltung jener Bestimmung ihnen jede Konkurrenz fernhält. Nun will die Regierung kommen und erklären: Die Aufhebung des § 12 Ziffer 1 sei unnötig, die Industrie sei imstande, den ozeanischen Fleischtransport unter den dort aufgestellten Bedingungen zu bewerkstelligen! Das ist fürwahr die dreisteste Verhöhnung des notleidenden Volkes!

Selbst eine so konservative Behörde wie der Rat der Stadt Dresden sagt soeben in seiner Mitteilung über die von ihm in der Teuerungsfrage unternommenen Schritte:

„Wie aus dem von dem Schlachthofdirektor erstatteten Bericht hervorgeht, lagern große Mengen ausländischen, insbesondere australischen und argentinischen Gefrierfleisches in London und verschiedenen englischen Häfen und sie würden in wenig Tagen nach Deutschland eingeführt werden können, wenn nicht die strengen Vorschriften des Reichs-Fleischbeschaugesetzes, das für Einführung ausländischen frischen und gefrorenen Fleisches Zusammenhang der Tierkörper mit den sogenannten Kleinodien erfordert und außerdem für das Rindfleisch ganze Tierkörper und bei Schweinen Zerlegung bis zur Hälfte vorschreibt, dieser Einführung hindernd im Wege ständen."

Die Reichsregierung aber erklärt, unter schnöder Ableugnung aller Tatsachen, die Einfuhr sei gar nicht behindert, es brauche man die strengen Sperrvorschriften nicht zu beseitigen und es solle alles beim alten bleiben.

Unter diesen Umständen ist die Einberufung des Reichstages erst recht dringlich. Der Reichskanzler muß der Volksvertretung Rede und Antwort stehen. Entschiedene Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot müssen ergriffen werden!

* * *

Der erwähnte Artikel der Deutschen Tageszeitung beruft sich auf Ausführungen des nationalliberalen Bauernführers Dr. Böhme, in denen gesagt wird, daß man die deutsche Viehzucht nicht der Konkurrenz der überseeischen Länder ausliefern dürfe, die heute noch in der Lage sei, Vieh zu Schleuderpreisen auf den deutschen Markt zu werfen... Ein allzu starker Preisdruck müsse übrigens jedem, der gerecht denke, unbillig erscheinen, da das jetzt auf den Markt gebrachte Vieh unter außergewöhnlich hohen Kosten aufgezogen sei.

Die Deutsche Tageszeitung stimmt diesen Ausführungen Böhmes zu, obwohl sie sonst stets behauptet hat, daß die Teuerung eine internationale sei. Noch auf der zweiten Seite derselben Nummer, auf deren erster Seite sie den erwähnten Artikel veröffentlicht, setzt sie das alte Spiel weiter fort, indem sie über „steigende Preise für argentinisches Gefrierfleisch in der Schweiz" und über „Fleischnot in den Vereinigten Staaten" berichtet. Auf der ersten Seite ist aber das Gegenteil von dem wahr, was auf der zweiten Seite behauptet wird. Auf der zweiten Seite ist das Vieh überall knapp, die Fleischteuerung international. Auf der ersten Seite wird dagegen gezeigt, wie das „billig gewonnene" Gefrierfleisch zu Schleuderpreisen auf den Markt geworfen wird und den armen deutschen Viehzüchter erbarmungslos niederkonkurriert.

Auf die Massen muß die neueste Version der Deutschen Tageszeitung noch viel aufreizender wirken als ihre bisherige Haltung. „Schleuderpreise im Ausland! Hungerpreise im Inland!"

Die klerikale Hofinternationale.

Eine Verschwörung gegen Portugal.

Es mag möglich sein, daß in einem anderen republikanischen Land eine monarchisch gesinnte Partei darauf ausgeht, die republikanische Verfassung abzuschaffen und eine Monarchie herzustellen. Das umgekehrte Bestreben wäre im bayrischen Lande nicht zulässig. Es kann keine berechtigte politische Partei in unserem politischen Leben geben, die darauf ausginge, die Monarchie abzuschaffen.

Ministerpräsident v. Hertling in der bayrischen Abgeordnetenkammer, 5. März 1912.

In seiner ersten Rede nach seinem Regierungsantritt — damals, als er autoritäres Programm enthüllte — verkündete der Freiherr v. Hertling plötzlich das Recht auf Verschwörungen in — Republiken. In monarchischen Staaten darf kein beamteter Nachtwächter republikanische Gesinnungen haben, in Republiken herrscht sogar die Freiheit, hochverräterische Verschwörungen zu organisieren. Was wollte der Mann? Was fuhr ihm durch den Kopf? Wie kam er plötzlich darauf, das Verschwörungsrecht im Ausland zu proklamieren?

Schon damals tauchte der Gedanke auf, er habe, unvorsichtig, seinen klerikalen portugiesischen Sorgen Luft machen wollen. Immerhin blieb die Wendung rätselhaft.

Jetzt weiß man, woran damals Herr v. Hertling dachte. Nicht nur an Portugal, sondern auch an Bayern, an gewisse Bestrebungen, die im Reiche des Herrscherwillens gefördert wurden.

Man erinnert sich: Im Dezember vorigen Jahres brachte die Pariser Humanité Enthüllungen über klerikale Verschwörungen gegen die ganze portugiesische Republik. Die Spuren der materiellen und moralischen Unterstützung führten in Wittelsbacher Schlösser, nach München. In Nymphenburg sollte die Zentrale sein, wo Maria de la Paz, Infantin von Spanien, die Frau des Prinzen Ludwig Ferdinand, waltete.

Der Nymphenburger Hof dementierte. Es stellte sich in der Tat heraus, daß Maria de la Paz unschuldig war. Aber jene Nachrichten unseres Pariser Parteiblattes beruhten auf Urkunden, die von der republikanischen Regierung in Lissabon aufgefunden worden waren. Die Sache konnte nicht ganz und gar unrichtig sein.

Die Münchner Post ist seitdem den Spuren nachgegangen, und heute kann sie auf Grund durchaus zuverlässiger Informationen berichten, daß es sich damals um eine Irrung in den verwickelten Personalien des Hofkalenders gehandelt hat.

Nicht Maria de la Paz ist die Dame, die in klerikaler Verzückung und dynastischem Familienwahn den portugiesischen Hochverrat mit Geld unterstützt, sondern die Herzogin Maria, Infantin von Portugal, die Frau des verstorbenen Herzogs Karl Theodor (des Augenarztes!), lenkt jene Verschwörungen.

Herzogin Maria ist die Schwester des Hauptes der Braganza, die den portugiesischen Prätendentenzweig bilden. Die Braganza sind vielfach mit bayrischen klerikalen Familien versippt: mit den Löwenstein-Wertheim-Rosenberg — das gegenwärtige bayrische Reichsratsmitglied der Familie führt im Oberhaus die klerikalen Scharfmacher —, auch mit den Thurn und Taxis.

Herzogin Maria hat schon zu Lebzeiten Karl Theodors für Portugal geopfert, damals für die Prätendenteninteressen. Aber der Mann wollte von diesen gefährlichen Spielereien nichts wissen. Aber Freunde der Herzogin verschafften ihr schon damals Summen, die nach Portugal wanderten. Mit ihrem Gelde — auch österreichische Hofklerikale steuerten bei — wurde vor fünf Jahren die Prätendenten-Expedition ausgerüstet, deren Agent Graf Almeida damals zwischen Wien und München hin und her fuhr. Nach dem Tode Karl Theodors (November 1909) und nach der Herstellung der Republik gab die Witwe nun mit vollen Händen. **Fast 10 Millionen hat die bayrische Prinzessin für die portugiesischen Klerikalroyalisten in dieser Zeit hergegeben.**

Vorige Woche war der Exkönig von Portugal, Manuel, in München. Er wurde offiziell angekündigt und offiziell begrüßt. In welchem Hotel er abgestiegen, war nicht zu ermitteln. Er war nach München gekommen, um die — Pinakothek zu besichtigen. In einigen Blättern las man von Heiratsplänen. Die feindlichen Braganzalinien sollen durch eine Heirat zusammengeführt werden. Wer aus der Familie dann auch das portugiesische Throngeschäft macht — der finanzielle Ertrag wird auf jeden Fall dann brüderlich geteilt. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß Manuel seine Verwandte nochmals anzupumpen versucht hat. Aber das Vermögen der Dame scheint nahezu aufgebraucht und Hypotheken auf den Thron von Portugal sind doch wohl nicht ganz mündelsicher.

Die große internationale Bedeutung dieser klerikalen Hofverschwörung ist offenbar.

Man erkennt die Gefahr, die der europäischen Ruhe droht, wenn klerikale Thronfolger an die Regierung kommen, die nun mit ihren „Herrscherwillen" durchzusetzen versuchen, wofür die nichtregierenden Anverwandten nur ihre Millionen hergeben können.

Der Vormarsch der englischen Arbeiterbewegung.

Aus London schreibt uns unser lk-Korrespondent:

Der Neuporter Gewerkschaftskongreß ist zu Ende. Groß waren die Erwartungen, die auf ihn gesetzt wurden, aber man kann ruhig sagen, daß er sie nicht enttäuscht hat. Der Kongreß war ohne Zweifel nicht nur einer der bedeutsamsten, sondern auch erfolgreichsten in der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung. Die gewaltige Erhebung des englischen Proletariats während der letzten zwei Jahre hatte einen elementaren Charakter, und es wäre vielleicht von irgend einem Kongreß zu viel verlangt, so großen geschichtlichen Ereignissen hinreichenden Ausdruck zu geben. Aber der Neuporter Kongreß ist diesem Ideal ziemlich nahe gekommen. Jedenfalls hat er den Wünschen, Gedanken und Bestrebungen, die in der englischen Arbeiterschaft lebendig sind, getreueren Ausdruck gegeben, als die meisten Kongresse vor ihm. Alle Gedankenrichtungen, die äußerste Rechte, wie die äußerste Linke, sind zum Worte gekommen und der Kongreß hat genügende Klarheit darüber gebracht, wie die große Masse der organisierten Arbeiterschaft Englands in den wichtigen Streitfragen der Gegenwart denkt und fühlt. Er hat ferner auch Klarheit über die wirkliche Stärke der Anhänger veralteter konservativer Ideen einerseits, und der neuaufgekommenen überrevolutionären Ideen andrerseits gebracht.

Ein anderes bezeichnendes Merkmal war der Geist der Realität, der den Kongreß und alle seine Verhandlungen durchdrang. Noch nie ist auf einem englischen Kongreß eine so große Anzahl von Gegenständen von großer und unmittelbarer prinzipieller Bedeutung in so ernster und gründlicher Weise diskutiert worden. Dieser Umstand ist wohl das eigentliche Geheimnis seines Erfolges. Was waren die Gegenstände, die den Kongreß am eingehendsten beschäftigten? Gewerkschaftliche Konzentration, Osborne-Urteil, die Frage des obligatorischen Schiedsgerichts und der Legalisierung von Tarifverträgen, die mannigfaltigen Wirkungen des neuen Sozialversicherungs-Gesetzes auf die Gewerkschaftsbewegung, die Frage der direkten politischen Aktion der Gewerkschaften und des Syndikalismus: alles Probleme von der allergrößten unmittelbaren Bedeutung, die die englischen Gewerkschaften sofort, hier und jetzt, wie die Engländer sagen, lösen müssen. Die zahlreichen anderen Resolutionen, die auf der Tagesordnung standen, von den Klagen der Londoner Droschkenkutscher, der Musiker oder Choristinnen bis zur Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Eisenbahnen und Bergwerke, Forderungen, über die es kaum eine Meinungsverschiedenheit gibt, die aber im gegenwärtigen Augenblick kaum der Verwirklichung näher gebracht werden können, wurden dagegen ohne viel Worte verabschiedet.

*

Aus dieser Grundstimmung heraus ist auch die für alle Fälle bedauerliche Resolution über die weltliche Erziehung zu verstehen. Stünde die Frage zur Entscheidung, ob der Gewerkschaftskongreß für oder gegen die Ausschaltung des Religionsunterrichts von den öffentlichen Schulen ist, dann hätten, wie die früheren Kongresse gezeigt haben, die Klerikalen den Kongreß fast einstimmig gegen sich. Handelt es sich aber darum, diese Frage von der Diskussion auszuschalten, dann findet sich, um des lieben Friedens willen, eine knappe Mehrheit des Kongresses für den Vorschlag. Der Kongreß, so ist die Stimmung, hat mit wichtigeren und dringenderen Sachen wahrhaftig genug zu tun, um sich über Dinge zu ereifern, die die Gewerkschaften als solche doch gar nicht unmittelbar angehen. Es bleibt indes abzuwarten, ob der nächste Kongreß diese Resolution nicht doch widerrufen wird.

Wie die neue Lebenskraft, die der Neuporter Kongreß offenbart hat, zum großen Teil auf diese Selbstbeschränkung zurückzuführen ist, so liegt darin auch die Zukunft des Ge-

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120912/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG